

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Karl Weinhofer MdB fordert: Jede Unterstützung für die IG Metall.
Seite 1

Wolfgang Clement, SPD-Vorstandssprecher: Karlsruher Neonaziurteil kommt intellektueller Förderung neonazistischer Untriebe gleich.
Seite 3

Eckart Kuhlwein MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft: Hochschulrektoren erteilen Genschers Elite-Träumen eine herbe Abfuhr.
Seite 5

Karin Hempel-Soos, Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) entrüstet sich über Muttertagsgeschwafel und die real existierende Mutterrolle 1984.
Seite 6

39. Jahrgang / 91

11. Mai 1984

Ein notwendiger Streikbeschluß

Arbeitgeber verheddern sich in ihren eigenen Widersprüchen

Von Karl Weinhofer MdB
Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Es ist so weit. Auch in der Metallindustrie wird ab Montag gestreikt. Und da wir jetzt schon die Krokodilstränen fließen sehen, mit denen Vertreter der Arbeitgeberverbände den Produktionsausfall beklagen werden, den Ruin unserer Wirtschaft beschwören, gilt es festzuhalten: Verantwortlich dafür, daß gestreikt werden muß, sind die Arbeitgeberverbände. Ihre starre Haltung, auf einer Festschreibung der 40-Stunden-Woche zu beharren, zwingt die IG Metall zu diesem Schritt.

Die IG Metall zeigt dabei eine besonnene Haltung. Mit dem Beschluß, den Streik zunächst nur in wenigen Betrieben zu beginnen, wird den Arbeitgebern die Möglichkeit eingeräumt, doch noch zu einer kompromißfähigen Verhandlungsposition zu finden.

Dabei hätte die IG Metall allen Grund, Selbstbewußtsein und Stärke zu präsentieren. Die Abstimmungsergebnisse in Nordbaden/Nordwürttemberg und Hessen haben all die-

jenigen auf eindrucksvolle Weise Lügen gestraft, die nun schon seit Monaten das Märchen von der mangelnden Verankerung der Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzungen an der IG Metall-Basis verbreitet haben. Kann es noch einen schlagenderen Beweis geben als das Ergebnis von nochmals 80,77 Prozent nunmehr in Hessen, bei einer Wahlbeteiligung von 97,37 Prozent?

Da aber nicht sein kann, was nicht sein darf, wird nun ein neues Märchen erzählt: Zwar seien die IG-Metaller nun dafür gewesen, aber nur, um den Vorstand nicht bloßzustellen, und alle nichtorganisierten Metaller seien sowieso dagegen. Wer so argumentiert, der hätte natürlich ein dankbares Betätigungsfeld um herauszufinden, aus welchen Gründen die CDU-Parteitagss delegierten Herrn Kohl auf dem Wege der rechtsstaatswidrigen Amnestie für Steuerstraftäter aus Politik und Wirtschaft gefolgt sind. Im Übrigen: Was hätten die Arbeitgeberverbände wohl gesagt, wenn sich die IG Metall die Kompetenz angemäht hätte, alle Metallarbeiter abstimmen zu lassen.

Aber ihnen ist jedes Argument recht, um ihren arbeitnehmerfeindlichen Tabukatalog unangetastet zu erhalten. Da wird man beim Argumentieren sogar so eifrig, daß man sich selbst widerspricht. So behauptet der Arbeitgeberverband Gesamtmetall seit neuestem, selbst bei einer 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich sei der Ausfall der Facharbeiterstunden nicht auszugleichen. Unterstellt, daß das stimmt: Dann ist aber das falsch, was sie bisher immer behauptet haben, nämlich daß die Wochenarbeitszeitverkürzung nicht beschäftigungswirksam sei. Daran sollten wir die Arbeitgeberverbände festhalten, mit dieser ihrer Erkenntnis stünde ein Weg zu einer Kompromißlösung durchaus offen. Facharbeitermangel hat die deutsche Wirtschaft schließlich schon zu anderen Zeiten durch Umstrukturierungen auszugleichen gewußt. Und mehr Ausbildungsstellen zur Behebung dieser Misere wird sich wohl niemand widersetzen.

Der IG Metall stehen schwere Wochen bevor. Das Meinungskartell aus Regierung, Medien und Arbeitgeberverbänden wird das Trommelfeuer der letzten Monate fortsetzen. Dies sollte umso mehr Grund für alle Sozialdemokraten sein, den Gewerkschaften jede Unterstützung zukommen zu lassen. (-/11.5.1984/ks/hgs)

+ + +



Widerspruch gegen Karlsruhe

Richterspruch gleicht intellektueller Förderung neonazistischer Umtriebe

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Der Bundesgerichtshof hat in diesen Tagen eine Grundsatzentscheidung zur strafrechtlichen Beurteilung neonazistischer Tatbestände veröffentlicht, angesichts derer man nicht recht weiß, worüber man mehr erschrocken sein soll: Über die ignorant-naive, wenn nicht reaktionäre Betrachtungsweise der Karlsruher Richter oder über das Ausbleiben eines Aufschreies der Empörung in Deutschland, daß Entscheidungen wie diese in Deutschland (wieder) möglich sind.

Es ist hoch an der Zeit, daß sich unsere Juristenorganisationen, der Deutsche Richterbund zumal, mit der Karlsruher Entscheidung sehr ernsthaft auseinandersetzen. Ein Urteil wie dieses darf nicht mehr unwidersprochen in der Landschaft der deutschen Justiz stehen bleiben!

Der Tatbestand: Ein alkoholisierter Neonazi hatte in zwei aufeinanderfolgenden Nächten Fenster und Häuserwände mit Parolen wie "Tod dem Klerus", "Tod Wehner und Brandt", "Hängt Brandt", "Juden raus", "Ausländer raus", "Türken raus" nebst Hakenkreuzen beschmiert. Das Landgericht Würzburg hatte den Täter deshalb unter anderem wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten und wegen Volksverhetzung zu 26 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt.

Der Bundesgerichtshof hat diese Entscheidung aufgehoben und zur erneuten Entscheidung zurückverwiesen, und zwar mit teils abenteuerlichen Begründungen, beispielsweise:

- sei zwar die Parole "Juden raus" unter Hinzufügung des Hakenkreuzes vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Judenverfolgung als Aufforderung zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen zu verstehen; für die entsprechende, gegen Ausländer und Türken gerichtete Äußerung könne das aber nicht in gleicher Weise angenommen werden, weil es an vergleichbaren allgemeinbekannten geschichtlichen Erfahrungen fehle.

Wahrscheinlich sollen die in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Mitbürger erst der Judenverfolgung entsprechende Erfahrungen machen müssen, ehe ihnen höchstrichterlicher Schutz gewährt wird. Immerhin: Es geschah zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Karlsruher Urteils, daß die Nachrichtenagenturen über einen türkischen Jungen berichteten, dessen Arm zwei gleichaltrige Deutsche mit Benzin übergossen und angezündet hatten; der junge Ausländer wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Man sieht, in der Lebenswirklichkeit der Bundesrepublik wirken die ausländerfeindlichen Parolen auch ohne jene näheren Begründungen, die die Karlsruher Juristen an dieser Stelle vom untergeordneten Gericht verlangen.

- Entsprechendes gilt für die "Hängt-Brandt"-Mordparolen, von der die Bundesrichter meinten, es müsse geprüft werden, ob sie überhaupt "objektiv den Eindruck erweckten, die Aufforderung sei ernstlich gemeint", oder ob sie nicht bloß "als unpassende Unmutäußerungen eines Außenseiters zu verstehen" seien, der "in ungehöriger Form sein Mißfallen über die genannten Politiker zum Ausdruck bringen wollte".



Robert M.W. Kempner hat diese vornehme Verniedlichung von Mord- und Hetzparolen bereits treffend eingeordnet, nämlich so: "Von diesen 'Außenseitern' haben wir seit den 30er Jahren genug erfahren. Hitler und seine verbrecherischen Komplizen wurden damals auch als eine Art 'Außenseiter' angesehen". Und Kempner fügte hinzu: "In meiner kriminalistischen Arbeit, die sich auf mehr als 50 Jahre erstreckt, habe ich leider feststellen müssen, daß es gerade solche 'Außenseiter' waren, die die millionenfachen Mordtaten begangen haben".

Und, so muß man noch ergänzen: Es waren deutsche Gerichte, überwiegend reaktionärer Gesinnung, teils auch in strohiger Weltenferne versunken, die die braunen "Außenseiter" der 20er und beginnenden 30er Jahre so lange haben hetzen lassen, bis sie wirken konnten, wie sie zuvor herausgeschrien hatten.

Wir wissen, die Geschichte wird sich so nicht wiederholen. Aber die Geschichtslosigkeit, die aus beinahe jeder Zeile der Karlsruher Entscheidung spricht, kommt einer intellektuellen Förderung neonazistischer Umtriebe mit ihrer ständigen Gefahr gewalttätiger Exzesse gleich.

P.S. Es ist sicher Zufall, daß nur wenige Tage nach der Karlsruher Entscheidung zum Neonazi-Fall der 1. Disziplinarsenat des Berliner Bundesverwaltungsgerichts den Stuttgarter Fernmeldeamtmann Meister wegen DKP-Zugehörigkeit aus dem Beamtenverhältnis feuerte. Im Fall Meister haben die Berliner Verwaltungsrichter offensichtlich jene (vom Bundesverfassungsgericht verlangte), auf die Person bezogene Einzelfall-Prüfung versäumt, die die Karlsruher Strafrichter so intensiv betrieben, bis die Hetzparolen zu kaum ehrenrührigen Abstracta wurden. Auch diese Linkssichtigkeit und Rechtsblindheit hat bekanntlich deutsche Geschichte.

(-/11.5.1984/hgs/fr)

+ + +



Abfuhr für Genschers Elite-Träume

Westdeutscher Hochschulrektoren bleiben auf realistischem Boden

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft

Von der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), die in der letzten Woche in Hannover tagte, mochte sich Bundesminister Hans-Dietrich Genscher wenigstens einige verbale Unterstützung für seine Idee privater Elite-Schulen und Universitäten erwartet haben. Doch das Gegenteil war der Fall. Zwar mochte Ernst Albrecht als Ministerpräsident des gastgebenden Bundeslandes den Koalitionspartner nicht ganz im Regen stehen lassen und bekundete persönliche Sympathie für die Idee privater Elite-Hochschulen, weil er gern gewußt hätte "wie gut Universitäten sein können, wenn sie frei von staatlicher Beschränkung sind", aber, fügte Albrecht gleich hinzu, "angesichts der noch steigenden Studentenzahlen komme die Idee der privaten Universitäten um zehn Jahre zu spät."

Deutlicher als Albrecht wurde sein Kultusminister und derzeitiger Präsident der Länderkultusministerkonferenz, Georg-Berndt Oschatz, der als Meinung der Landesregierung deutlich machte, daß sich ein "Ruf nach Elite und Privathochschulen als entbehrlich und überflüssig erweisen" werde, wenn eine stärkere Differenzierung und ein offener Wettbewerb in den bestehenden Hochschulen "als Chance zu Spitzenleistungen in Forschung und Lehre real werde". Was das genau heißen soll, wäre zu fragen; jedenfalls meint der niedersächsische Kultusminister wohl nicht, daß die bestehenden Schwierigkeiten staatlicher Hochschulen mit der Neugründung von Elite-Universitäten bewältigt werden können.

Auf Seite der Rektoren und Professoren gab es zwar eine lebhafte Debatte um Differenzierung, Leistung und Wettbewerb in den und zwischen den bestehenden Hochschulen, aber niemand - auch nicht der Kölner Professor und Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates, Peter Graf Kielmannsegg, der im übrigen das hohe Lied des amerikanischen Hochschulsystems sang - mochte in der Gründung privater Elite-Universitäten ein Beitrag zur Lösung bestehender Probleme und Schwierigkeiten erblicken.

Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Theodor Berchem, bewies erneut den notwendigen Realismus, indem er an die schlichte Tatsache erinnerte, daß die Gegenwart und absehbare Zukunft der Hochschulen in erster Linie von quantitativen Problemen gekennzeichnet sei. Für die geburtenstarken Jahrgänge werde die Kapazität der Hochschulen aber ohne zusätzliche Mittel nicht ausreichen. Berchem erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß seit Mitte der 70er Jahre die Studienanfängerzahlen um 30 Prozent gestiegen sind, das wissenschaftliche Personal aber gleich blieb und die realen Aufwendungen pro Student ständig gesunken seien. Es müsse deshalb für die vorausgesagten 200.000 bis 300.000 Studenten mehr in Bildung und Wissenschaft investiert werden. Außerdem seien die Leistungen der deutschen Hochschulen nicht so schlecht, daß sich die Bildungspolitik "in die private Idee" flüchten müsse. Dieser Einschätzung des WRK-Präsidenten kann man nur voll zustimmen.

(-/11.5.1984/hgs/fr)

+ + +



Der Deutschen Mutter

Muttertagsgeschwafel und real existierende Mutterrolle 1984

Von Karin Hempel-Soos

Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

"Muttertag soll ein geeigneter Ansatz sein, um dem Gedanken der Mutterschaft in breitesten Kreisen unseres Volkes wieder Genugtuung zu verschaffen." Oder "Jede Frau hat Mutter zu sein. Eine Mutter ist selbstlos. Sie hat ihr Ich aufgeopfert. Dieses Opfer wird am Muttertag öffentlich und in privatem Kreis zelebriert in Verehrung und mit der ausgesprochenen Absicht, die Flamme der Opferbereitschaft frühzeitig auch in die heranwachsenden Frauen einzupflanzen und so für die Zukunft zu retten ... Die Mutter opfert sich, und die Mutter wird geopfert, und von dem Opfer erwartet man Erlösung für die Gesellschaft."

Das ist nicht etwa das Wort zum Sonntag von Norbert Blüm, auch wenn gerade er die Opferbereitschaft von Frauen zuvörderst propagiert. Am liebsten wäre ihm sowieso, die Gesamtgesellschaft käme im neuen Gewand der alten Mütterlichkeit einhergetrottet. Doch die frommen Sprüche sind nicht neu. Sie haben das Vorruhestandsalter bereits erreicht. Bereits in den zwanziger Jahren hatten Ausschüsse zur Vorbereitung des Muttertages, ab 1931 der "Reichsausschuß für den Deutschen Muttertag", die "Schriften zur Volksgesundheit", der "Völkische Beobachter" sowie der "Verband Deutsche Blumengeschäftsinhaber" und viele viele andere mehr sich vehement in öffentlichen Aktionen und Schrifttümern des aus Amerika importierten Muttertages angenommen. Es ging um "die stillen Heldinnen unseres Volkes", um "die deutsche Frau und Mutter in ihrer unersetzbaren Bedeutung für Familie und Staat". In der Familie werde durch die Frau "der rechte Geist der Arbeitsfreude, der Verantwortung, der selbstlosen Hingabe ans Vaterland gepflegt".

Also doch Blüm und seine Thesen zur sanften Macht der Familie, Hingabe und Opferbereitschaft, Vorsorge für die Zukunft des Volkes? Also doch und auch Kohl, der die alten Mütterchen lobt, die alles ertragen hätten, nie geklagt, protestiert oder gar demonstriert hätten, weil "sie gar nicht wußten, wie das geht".? Dafür, hat Kohl letztens gesagt, dafür sollten wir ihnen allen danken.

Der 1928 zwischen den verschiedenen Wirtschaftsgruppen entbrannte Kampf um den Muttertagskäufer unter den Süßwarenherstellern, Parfümerien, der Konfektions- und Porzellanbranche, und natürlich dem Blumenhandel, hat bis zum heutigen Tag vor allem letzterem gedient. "Gedenke deiner Mutter: Güte - schenk ihr eine frische Blüte", hat allen anderen Werbesprüchen um Kölnisch Wasser, Mon chérie und sonstigen Muttertagsdevotionalien den Rang abgelaufen. Steht in Meyers Enzyklopädischem Lexikon noch 1978 unter dem Stichwort Muttertag, "Während der Zeit des Nationalsozialismus erlangte der Muttertag im Zusammenhang mit der Bevölkerungspolitik verstärkte Beachtung", so steht zwar nach der Wendepolitik die Bevölkerungspolitik



auch wieder groß in Blüte, aber die regierungsamtlichen Blümchen, Pralines und Duftwässerchen sind doch eher Mogelpackungen. Liebeserklärungen an den Familienminister wie "Geißler, unser Frauenheld, kürzt Mutterschutz und Kindergeld", machen die Runde über Frauentreffs mit Hausfrauen und Betriebsrätinnen, katholische Frauenverbände bis zur Frauenbewegung. Die deutschen Frauen wissen sich von der geistig-moralischen Wenderegierung nicht nur zu Muttertag überrascht, sondern das ganze Jahr über bedacht:

- 315 Millionen Mark werden den Müttern als Dank für ihre aufopferungsvolle Arbeit beim Mutterschaftsurlaub gekürzt (davon bekommen sie 25 Millionen Mark mit großem Simsalabim in eine Stiftung "Mutter und Kind" heimgezahlt.
- Das BAFÖG wurde gestrichen, auch und um vor allem jungen Mädchen den Opfergang zur Frau als Mutter zu erleichtern.
- Der Versorgungsausgleich soll verwässert werden, damit zum Dank für die bisher gezeigte Opferbereitschaft der Frauen ihnen weiterhin ermöglicht wird, auch im Alter noch Demut und Opferbereitschaft zeigen zu können.
- Damit keine Frauengeneration sich benachteiligt fühlt, sondern alle gleichmäßig ihre Opferbereitschaft demonstrieren können, werden Frauen mit gezielten Maßnahmen vom Arbeitsmarkt vertrieben, wobei die Verminderung der Arbeitsschutzbestimmungen keine unwesentliche Rolle spielt.

Auch vor dem höchsten aller Geschenke, das Männer geradezu vor die Selbstentäußerung schlechthin stellt, schrecken die christlichen Männer dieses Jahr nicht zurück. Sie haben sich die Uniform vom Leib gezogen, um sie uns Frauen als Muttertagsgeschenk vor die Füße zu legen. Das neue Gewand der Mütterlichkeit - die Uniform, das wiegt doch glatt drei Mutterkreuze in Bernstein und sonst was auf. Früher opferten Mütter nur Ihre Söhne. Heute dürfen sie - Muttertag sei dank - sich selber opfern....

(-/11.5.1984/ks/hgs)

+ + +

